

**Stellungnahme der GMK-Landesgruppe
zur Situation und Perspektiven der Medienbildung
in Baden-Württemberg**

April 2008

Inhalt:

1. Ausgangsüberlegungen
2. Vorschulischer Bereich
3. Schulischer Bereich
4. Außerschulischer Bereich
5. Ausbildungsbereich
6. Fort- und Weiterbildung

Autorinnen und Autoren:

Anritter Wolfgang
Dr. Bischof Ulrike
Bounin Ingrid
Eble Karin
Kohm Roland
Prof. Dr. Niesyto Horst
Dr. Poettinger Ida
Radlinger Anne
Schumacher Irene

1. Ausgangsüberlegungen

In den letzten Jahren hat die Mediennutzung bei Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen insbesondere im Bereich digitaler Medien erheblich zugenommen und verdrängt bei einzelnen jüngeren Gruppen bereits das bisherige Leitmedium Fernsehen. Kinder und Jugendliche eignen sich selbständig Medienangebote an, werden Mitglied in verschiedenen Medien-Communities, bilden eigene Vorlieben aus und demonstrieren so auch ihre Zugehörigkeit zu bestimmten Szenen. Die massenhafte Nutzung von E-Mails, Chatrooms, virtuellen Plattformen verändert Kommunikationsstrukturen und bietet neue Möglichkeit für Informationsbeschaffung, Orientierung, Selbstaussdruck und Kommunikation. Es gibt aber auch Risiken, die von problematischen Medienangeboten über soziale Benachteiligung in der Mediennutzung bis hin zu Formen exzessiven Medienkonsums reichen. Die Medienindustrien buhlen um die Gunst des jungen Publikums und inszenieren eine mediale Aufmerksamkeitsregung, die immer mehr auf Emotionalisierung, Dramatisierung, Personalisierung setzt. So wichtig die Welt der Bilder für die menschliche Kommunikation ist, so sehr untergräbt die auf möglichst hohe Einschaltquoten orientierte „Aufmerksamkeitskultur“ in vielen Medienbereichen systematisch die Qualität und führt zunehmend zu ethisch fragwürdigen und teilweise die Menschenwürde verletzenden Medienangeboten.

Bestrebungen des Kinder- und Jugendmedienschutzes haben trotz diverser Filter- und Jugendschutzprogramme, die notwendig sind, nur begrenzte Möglichkeiten. Wichtig sind Veränderungen auf verschiedenen Ebenen:

- Die Medienschaffenden müssen sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung wieder bewusster werden.
- In der Ausbildung von Erzieher/innen, Lehrer/innen und Sozialpädagoge/innen ist Medienbildung als verbindlicher Bestandteil zu verankern.
- Kinder und Jugendliche aus allen sozialen Milieus müssen in verschiedenen Bildungskontexten Chancen erhalten, um vorhandene Medienkompetenzen zu erweitern.
- Ein besonderer Schwerpunkt ist auf die Medienbildung mit Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen aus bildungsbenachteiligten Milieus zu legen.

In Baden-Württemberg gibt es seit vielen Jahren medienpädagogische Angebote in unterschiedlichen Bereichen und pädagogischen Handlungsfeldern. Die „Medienoffensiven I und II“ des Landes Baden-Württemberg, die in den vergangenen 10 Jahren stattfanden, brachten zahlreiche Impulse für die schulische und außerschulische Medienbildung, darunter mehrere Modellprojekte, die auch überregional wahrgenommen wurden. Mit Einrichtungen wie dem Landesmedienzentrum, der Stiftung Medienkompetenz, kirchlichen Medienstellen, einzelnen Organisationen der kulturellen Jugend- und Medienbildung und mehreren lokalen Medienzentren in staatlicher und freier Trägerschaft gibt es ein Netz medienpädagogisch engagierter Personen. Trotz dieser Initiativen und Aktivitäten ist festzustellen, dass Medienbildung noch relativ weit davon entfernt ist, dauerhaft und nachhaltig in Schulen und im außerschulischen Bereich verankert zu sein und damit alle Kinder und Jugendlichen zu erreichen.

CDU und FDP haben in ihrer Koalitionsvereinbarung für die aktuelle, 14. Legislaturperiode des Landtags von Baden-Württemberg auf Seite 29 festgelegt: „Für unsere Kinder und Jugendlichen ist der konstruktive Umgang mit Medien, neuen Technologien und der Vielzahl von Informationsangeboten eine zentrale Schlüsselqualifikation. Daher wollen wir das Kinderland Baden-Württemberg mit einem Programm Kindermedienland ergänzen.“ Leider ist bis heute ein Programm der Öffentlichkeit nicht vorgelegt worden. Im Interesse von Kindern, Jugendlichen und Eltern ist es sehr wichtig, dass es – nach einer Phase von

Modellprojekten - zu einer nachhaltigen Vertiefung und *strukturellen* Verankerung von Medienbildung in Baden-Württemberg kommt. Mit dieser Stellungnahme möchte die Regionalgruppe Baden-Württemberg der Gesellschaft für Medienpädagogik und Kommunikationskultur e.V. (GMK) dazu beitragen, dass die bildungspolitische Diskussion zu diesem Anliegen vorankommt. Wir verweisen in diesem Zusammenhang auch auf den im Dezember 2007 erschienenen Schlussbericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestags „Kultur in Deutschland“. Dieser Bericht enthält insbesondere im Abschnitt „Kulturelle Medienbildung“ wichtige Anregungen und Handlungsempfehlungen, die auch für die weitere Entwicklung in Baden-Württemberg bedacht werden sollten.

2. Medienbildung im Kindergarten

Wir begrüßen, dass die Landesregierung Baden-Württembergs verstärkt in der frühen Bildung ansetzen und die Basiskompetenzen von Vorschulkindern fördern will.

Wissenschaft und Gesellschaft sind einig, dass eine gedeihliche Entwicklung von Kindern frühe Bildung und Förderung voraussetzt und in den ersten Lebensjahren dafür und ebenso für die Sprachentwicklung Grundlagen geschaffen werden müssen. Im Orientierungsplan Bildung und Erziehung für die baden-württembergischen Kindergärten widerspiegeln sich diese Erkenntnisse, weniger jedoch die Lebenswelt und die unterschiedlichen sozialen und kulturellen Bedingungen, unter denen Kinder in die Gesellschaft hineinwachsen. Auf diese Lebenswelt wird lediglich kurz Bezug genommen, wenn es heißt: „Eine ästhetisch-künstlerische Bildung setzt bei der Lebenswirklichkeit an, die Kindern bedeutsam erscheint“ oder geschrieben wird: „Kinder nehmen Bilder aus Alltag, Kunst und Medien bewusst wahr und setzen sich damit auseinander.“ Damit wird weder die Medienrealität noch die Diskrepanz zwischen ihr und dem Wissen von Erzieherinnen und Eltern angemessen berücksichtigt.

Wenn in einem „Kinderland“ Baden-Württemberg an der Lebenswirklichkeit der Kinder angesetzt werden soll, dann gehört dazu, dass die von ihnen genutzten Medien mit ihren Chancen und Gefahren schon im Kindergarten thematisiert werden. Rolle und Verantwortung der Erzieherinnen in den Kindergärten und –tagesstätten sind dabei hoch, denn in vielen Elternhäusern findet Medienerziehung aus Unkenntnis oder Verunsicherung kaum statt. Folglich muss auch außerhalb der Familie gesorgt werden, dass Kinder aller Schichten und Milieus die Vielfalt des medialen Angebots kennen- und kreativ anwenden lernen. Damit das geschehen kann, ist ein geschultes Personal notwendig, das dafür eine solide Grundlagenausbildung erhalten hat und dem Gelegenheit zur Fort- und Weiterbildung in einer Weise geboten wird, die sie auch befähigt, ihr Wissen an Eltern weiterzugeben. Dies wiederum setzt eine angemessene Personal- und Materialausstattung der Einrichtungen voraus.

Indessen sind Entwicklungen feststellbar, die teils gegenüber dem Erreichten einen Rückschritt darstellen, wovon insbesondere die Streichung des Faches Kinder- und Jugendliteratur/Medienpädagogik in den Lehrplänen der Fachschulen bzw. in der Ausbildung von Erzieherinnen zeugt und ebenso die nur punktuelle, projektbezogene Förderung von erfolgreichen, preisgekrönten Weiterbildungsmaßnahmen (z.B. die zertifizierte Qualifizierung zur Fachkraft für Medienpädagogik im Kindergarten der Familien-Bildungsstätte Ulm e.V.) u.a. sporadische, projektbezogene Angebote.

Die Landesgruppe der GMK Baden-Württemberg fordert daher:

1. Kindergärten, Horte und Vorschuleinrichtungen sollten sich verstärkt für medienpädagogische Projekte öffnen, die Medienkompetenz früh fördern, handlungsorientiert sind und auch dadurch zur kulturellen Bildung der Kinder beitragen.
2. Wissen über Medien ist ein eigenständiger Bildungsbereich. Die Förderung der Medienkompetenz ist in den Bildungsplan für die Kindergärten angemessen zu integrieren und wie die anderen Bildungsbereiche mit Umsetzungsvorschlägen und Zielvorstellungen zu versehen.
3. Medienpädagogik muss in den Lehrplänen der Fachschulen als selbständiges und obligatorisches Fach erhalten beziehungsweise in die Curricula der Hochschulen integriert werden und es müssen verpflichtende Fortbildungsangebote gewährleistet werden.

3. Medienbildung in baden-württembergischen Schulen

Ein Blick in die ministeriellen Vorgaben für baden-württembergische Schulen zeigt, dass es für den Unterricht eine Menge an verbindlichen Aufträgen gibt Medienbildung zu vollziehen. Da sind zum einen Inhalte (z.B. die klassischen Medienprodukte Buch, Zeitung/ Presse, Fernsehen/Radio und Film) und zum anderen Fertigkeiten, die ihren Ursprung in der klassischen Informationstechnischen Grundbildung haben. Dadurch, dass Medienbildung in verschiedene Fächer integriert ist, ergibt sich ein großer Spielraum, der alles oder nichts zulässt. Vor allem das Fach Deutsch muss diese Aufgabe schultern, ohne dass die Lehrerinnen und Lehrer ausreichend vorbereitet oder unterstützt werden. So gibt es z.B. an kaum einem Seminar für die 2. Phase der Lehrerbildung Angebote zu „Deutsch als Leitfach für die Medienbildung“. Gleiches gilt auch für die zentrale bzw. regionale Lehrerfortbildung. Die Situation der schulischen Medienbildung in Baden-Württemberg ist daher weniger davon gekennzeichnet, dass der Inhalt in den Bildungsplänen fehlt. Es mangelt aber an der angemessenen Konkretisierung für Fach- und Schulcurricula, sprich – einer Verbindlichkeit in der Durchführung und es fehlt eine medienpädagogische Grundbildung aller Lehrkräfte.

Die Intensität und vor allem Qualität schulischer Medienbildung wird letztlich davon abhängen, wie sie integrierter Teil des Unterrichts wird. Schulen haben die Möglichkeit, dass sie Medienbildung zur Leitlinie eines selbst gewählten Profils machen. Bisher ist aber weder die Integration von Medienbildung noch eine solche Akzentuierung als Profil zu entdecken. Für die schulische Medienbildung in Baden-Württemberg ergibt sich folglich keine „Flächendeckung“, sondern ein „Wildwuchs“.

Hintergrund der fehlenden Breite von Medienbildung ist vor allem, dass sie im Vergleich zur klassischen Stoffvermittlung Lehrerinnen und Lehrern häufig als vernachlässigbar gilt, wird sie doch erst zum Ende von Schullaufbahnen (vielleicht) als Prüfungsleistung gefordert. Während in anderen Fächern häufige Tests zur Überprüfung der Kenntnisse als sachbezogen und notwendig gelten, werden Kenntnisse im Bereich Medienbildung weder bewertet noch überprüft. Das wird sich nur dann ändern, wenn die Evaluierung von Lehrerergebnissen auch die Qualität von Medienbildung als Kriterium der Bewertung aufnimmt.

Ferner darf es Lehrkräften nicht nur darum gehen Unterricht dazu nutzen, um Informations- und Kommunikationstechniken einzuüben. Es muss Lehrerinnen und Lehrer bewusst sein, dass zur Vermittlung von Medienkompetenz auch gehört, dass Schülerinnen und Schüler Medienangebote bewusst auswählen und nutzen können. Sie müssen Medien gestalten,

verbreiten, verstehen und bewerten können. Schließlich gilt es im Unterricht zu vermitteln, wie Medieneinflüsse erkannt und aufgearbeitet sowie Bedingungen der Medienproduktion durchschaut und beurteilt werden können.

Dies alles müssen Lehrerinnen und Lehrer nicht allein erledigen, da gerade Medien eine neue Lehrerrolle erlauben. Sie können mit außerschulischen Partnern, die Experten in medientechnischen und –ästhetischen Bereichen sind, kooperieren. Es können auch medienkompetente Schülerinnen und Schüler beteiligt werden. Dazu müssen sie aber die Chance bekommen, als Schülermedienmentoren ausgebildet zu werden.

Übergreifendes Ziel aller Bemühungen um schulische Medienbildung muss es sein, für eine flächendeckende Umsetzung der Gegebenheiten zu sorgen, die realistisch von einer durchschnittlichen Schule und einem durchschnittlichen Lehrer bis zum Ende der jeweiligen Schulzeit zu erreichen sind.

- Die Vorgaben für die schulische Medienbildung sollen dazu Kompetenzprofile entwickeln, mit denen Verbindlichkeit, Breite und Niveau von Medienbildung in den Fächern beschrieben wird. Ebenso sollte festgelegt werden, welche Kompetenzen die Schülerinnen und Schüler bis zu einer bestimmten Jahrgangsstufe mindestens erworben haben sollen.
- Schulen brauchen strukturelle Unterstützung. Selbst wenn es heute weniger an Technik, Unterrichtsideen und Fortbildungsangeboten fehlt, so brauchen Lehrkräfte genügend Zeit, Räumlichkeiten und Fortbildungsmöglichkeiten, um gute Medienbildung realisieren zu können.
- Die schulische Medienbildung muss Nahtstellen überbrücken können, sowohl zwischen einzelnen Ausbildungsstufen, als auch zwischen schulischer und außerschulischer Bildung. Kooperationen und die Einbindung von Schülerinnen und Schülern können dabei hilfreich sein, müssen aber auch finanziert werden.

4. Medienpädagogik im außerschulischen Bereich

Im außerschulischen Bereich hat sich eine bunte Palette von medienpädagogischen Projekten entwickelt. Musik, Video und Internet sind hier die Schwerpunkte. Wie in der Schule ist aber auch im außerschulischen Bereich die Medienpädagogik bzw. die praktische Medienarbeit nicht systematisch verankert, sondern es hängt vielfach von den entsprechenden Betreuungspersonen ab, ob Projekte dieser Art stattfinden.

Darüber hinaus sind Ansätze der aktiven wie der analytischen Medienarbeit nahezu ausschließlich von Projektgeldern abhängig und fallen im Zweifelsfall dem Rotstift zum Opfer oder werden trotz erfolgreichem Abschluss nicht fortgesetzt.

Dabei bietet die außerschulische Medienpädagogik vielfältige Chancen zur vertieften, kritischen und kreativen Auseinandersetzung mit Mediensystem, Medienarten, Gestaltungsmerkmalen, Wirkungsweisen und gesellschaftlichen Implikationen. Kinder und Jugendliche beschäftigen sich gerne und engagiert mit den jeweiligen Genres, der Technik und mit Themen.

Da die außerschulische Medienarbeit an der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen direkt anknüpft, nämlich an ihren eigenen Medienerfahrungen, Vorbildern und Wünschen, kann sie hier nicht nur zu Medien- und Kommunikationskompetenz, sondern auch zur Identitäts- und Werte-Bildung beitragen. Kinder und Jugendliche erleben in medienpraktischen Projekten die eigene Wirksamkeit, erproben soziale Aushandlungsprozesse und reflektieren Medieninhalte

auf hohem Niveau. Darüber hinaus kann außerschulische Medienarbeit direkt und unmittelbar auf mediale oder populärkulturelle Entwicklungen reagieren.

Die außerschulische Medienpädagogik kann mit ihrer handlungs- und gruppenorientierten Vorgehensweise vor allem Adressatenkreise ansprechen, die über schulische Aktivitäten gar nicht oder nur partiell erreicht werden, oder Gruppen erreichen, die vertiefte und weitergehende Kompetenzen erwerben wollen. Mehr als bisher müssen medienpädagogische Aktivitäten die Altersgruppen einbeziehen, die noch nicht im schulpflichtigen Alter sind, sowie jene, die nicht mehr staatliche Bildungseinrichtungen besuchen.

Forderungen:

1. Die Förderung der Medienarbeit in außerschulischen Einrichtungen muss systematisch und nachhaltig finanziell gesichert werden. Für die Durchführung von Projekten müssen haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiter außerschulischer Einrichtungen ausreichend qualifiziert werden.
2. Methoden und Ansätze der außerschulischen Medienpädagogik sollten im Ganztags schulbereich stärker Eingang finden. Hier bietet sich die Kooperation von außerschulischen Einrichtungen mit Schulen an und die Förderung von kultureller Medienbildung.
3. Gerade auch im Hinblick auf jugendmedienschützerische Diskussionen der jüngsten Vergangenheit ist es sinnvoll, Erwachsene als Adressaten der außerschulischen Medienarbeit zu erfassen und entsprechende Angebote zu machen, z.B. durch die Etablierung und Förderung von „Eltern-Medientrainer“- Programmen und die Fortführung von Train-the-Trainer-Programmen.
4. Darüber hinaus benötigen junge Menschen Veröffentlichungs- und Präsentationsmöglichkeiten, sei es in Rundfunkanstalten, im Internet oder innerhalb des örtlichen Sozialraums.

5. Medienbildung im Ausbildungsbereich

Die GMK-Landesgruppe unterstützt die Überlegungen, die die „Landesfachschaft Medienpädagogik“ – eine Vereinigung von Hochschullehrer/innen an Pädagogischen Hochschulen im Bereich Medienpädagogik – in einem Positionspapier vom Oktober 2006 entwickelte. Darin wird deutlich gemacht, dass Medienerziehung und Medienbildung eine wichtige Aufgabe für die Schule des 21. Jahrhunderts darstellt, die allerdings nur geleistet werden kann, wenn die angehenden Lehrerinnen und Lehrer selber über die notwendigen Medienkompetenzen verfügen. Die derzeit gültigen Prüfungsordnungen an den Pädagogischen Hochschulen Baden-Württembergs decken den Qualifikationsbedarf nur ungenügend ab:

- „Die Medienbildung erfolgt vielfach beliebig, da die zu vermittelnden Inhalte sehr allgemein formuliert sind und nur selten in Medienkompetenzen oder gar operationalisierbare Medienkompetenzen überführt werden. So wird etwa in der GHPO 1 Modul 1 und 3 des Faches Erziehungswissenschaft lediglich der Themenbereich „Medien im Unterricht/ Lernen mit Medien“ genannt, ohne jegliche Konkretisierung. Hinweise auf Mediensozialisation sowie wichtige Aufgaben der Medienbildung fehlen vollständig.
- Vielfach fakultative Nennung der Medienthemen. Hierdurch kann keine zuverlässige Qualifikation von angehenden Lehrkräften in Medienfragen gewährleistet werden.
- Die Integration der Medienthemen divergiert bei den verschiedenen Fächern stark. Die erworbenen Medienqualifikationen sind in hohem Maße abhängig von der gewählten Fächerkombination.
- Medienpraktische Kompetenzen werden weder in einem Lehrgang noch durch verpflichtende Projekte oder mediengestützte Präsentationen gefördert und gefordert. So wird weder systematisch Medienwissen erworben noch erfolgt eine Ankoppelung dieses Wissens an praktisches Medienhandeln.“ (Auszug aus der Stellungnahme der Fachschaft Medienpädagogik)

In der 2. und 3. Phase der Lehrerbildung verschärft sich die Situation noch. Es gibt zwar seitens des Kultusministeriums, der Regierungspräsidien und dem Landesmedienzentrum Fortbildungsangebote. Diese decken jedoch bei weitem nicht den Bedarf an einer schulortnahen Fortbildung in den verschiedenen medienpädagogischen Bereichen ab. Die Situation in anderen pädagogischen Ausbildungsbereichen sieht ähnlich aus. Auch in der Ausbildung von Erzieher/innen, Sozialpädagogen/innen und Erwachsenenbildern besteht größerer Handlungsbedarf. 1998 formulierte der von der Ständigen Konferenz der Kultusminister beauftragte Schulausschuss Kernpunkte für medienpädagogische Qualifikationsfelder von Lehrkräften: Anwendungs-, Analyse-, Kommunikations-, Gestaltungs- und Managementfähigkeit. Eine verbindliche Umsetzung dieses Qualifikationsprofils ist in den Prüfungs- und Studienordnungen der Pädagogischen Hochschulen in Baden-Württemberg bislang nicht erfolgt.

Aus der Situationsbeschreibung ergeben sich verschiedene Anforderungen, um die Vermittlung von Medienkompetenz und medienpädagogischer Kompetenz im Ausbildungsbereich strukturell besser zu verankern. Aus unserer Sicht sind die folgenden Punkte zentral:

- In allen pädagogischen Ausbildungsberufen ist eine medienpädagogische Grundbildung zu gewährleisten. Qualifikationsmaßnahmen im Bereich Medienbildung sind als verbindliche, prüfungsrelevante Studieninhalte zu realisieren, da nur durch prüfungsrelevante Studieninhalte eine verlässliche Medienkompetenzförderung erreicht werden kann.
- Im Bereich der Lehrerbildung bedarf es einer besseren Abstimmung zwischen den Grundlagenfächern und den einzelnen Fachdidaktiken sowie zwischen den verschiedenen Phasen der Lehrerbildung. Die nächste Novellierung der Prüfungs- und Studienordnungen bietet hierzu eine Chance.
- Durch eine verstärkte Kooperation mit Ausbildungsschulen und lokalen Einrichtungen im Bereich der Bildungs-, Kultur- und Sozialarbeit, die einen Schwerpunkt auf Medienfragen legen, sollen die Studierenden die Chancen einer zeitgemäßen Medienbildung praxisnah erfahren.
- Weiterentwicklung vorhandener Netzwerke wie „MediaCulture-Online“ oder „Multiline“, um die vorhandene Wissensbasis breit zugänglich zu machen, einen Experten-Pool für die Unterstützung lokaler Aktivitäten aufzubauen und Multiplikatoren in verschiedenen pädagogischen Handlungsfeldern zu beraten.

6. Medienbildung in der Fort- und Weiterbildung

In der bildungspolitischen Diskussion wird die Medienbildung für Erwachsene in der Fort- und Weiterbildung kaum berücksichtigt. Medienbildung richtet sich vorzugsweise an Personen unter 30 Jahren. Viele Angebote im Bereich Medienausbildung, Jugendmedienschutz, praktischer Medienarbeit und Qualifikation sind deswegen für Kinder und Jugendliche bzw. Personen in der Ausbildung. Erwachsene über 30 Jahren erhielten, wenn überhaupt, Impulse zur Medienbildung nur in der Zeit ihrer Ausbildung.

Für Berufstätige erfordern die schnellen Innovationszyklen eine lebenslange Anpassung an die Mediengesellschaft. Medien können Berufsbilder von Grund auf verändern. Die berufsspezifische Medienqualifikation unterliegt einem schnellen Verfall. Erzieherinnen und Lehrer klagen beispielsweise darüber, dass sie Formen angemessener Medienarbeit von ihrer Ausbildung her nicht kennen und sie auf Fragen des Jugendmedienschutzes nicht ohne weiteres reagieren können. Standards der Mediennutzung und die Gültigkeit biographischer Medienerfahrungen ändern und relativieren sich im gleichen Tempo im Privatleben. Der Nachholbedarf ist hier enorm, da hier demographisch bedingt für ganze Jahrgänge unverschuldete Defizite durch die technische Entwicklung bestehen. Medienbildung kann in solch einem Fall helfen, dass Berufstätige sich zeitgemäße Medienqualifikationen erwerben. Hier erleichtern geeignete Qualifizierungsnetzwerke eine kontinuierliche Information, Qualifikation, Erfahrungsaustausch und Praxis.

Angebote für Erwachsene sind oft einseitig auf den Bereich medientechnischer Nutzung sowie Anwendung von Software zugeschnitten. Es greift zu kurz, Menschen allein unter arbeitsmarktbezogenen Aspekten zu qualifizieren, so dass sie entsprechende Medientechnik und Software bedienen können. Neue Medien schaffen auch neue Medienkulturen, die sozial ausgehandelt werden müssen. Gerade im Hinblick auf einen europäischen Einigungsprozess gibt es hier bisher noch wenige Ansätze nationenübergreifender Zusammenarbeit. Für all das braucht es eine umfassende und langfristige Medienbildung. Leider ist der Anteil kultureller Erwachsenenbildung, zu dem auch die Angebote im Medienbereich gerechnet werden, seit Jahren trotz der großen Nachfrage unterrepräsentiert.

Vergegenwärtigt man sich den demographischen Wandel, wird ein anderes Problem sichtbar. Ältere Erwachsene und Senioren sind bisher zu wenig im Blickfeld der Medienarbeit. Vom Ideal des lebenslangen Lernens dürfen Senioren nicht ausgenommen sein. Sie brauchen altersspezifische Angebote, die ihnen die Teilhabe an der Mediengesellschaft ermöglichen. Sie klagen besonders über hohe Zugangsschwierigkeiten zu den neuen Medien.

Da ein medienkompetenter Umgang Teil einer allgemeinen humanen und beruflichen Grundqualifikation ist, bezieht sich Medienbildung nicht allein auf die Sicherung professioneller Qualifikationsstandards. Medienbildung trägt auch dazu bei, medienethische und medienkritische Reflexionen anzustoßen. Medienbildung ist Teil von kultureller Bildung. Das Leitbild eines medienmündigen Bürgers ist eines der Ziele der Medienbildung. Jeder soll an der Mediengesellschaft partizipieren und sie mitgestalten können. Die Förderung von Medienbildung ist darum eine Zukunftsinvestition.

Es ist daher Sorge zu Tragen für:

1. Einrichten der Fort- und Weiterbildung langfristig finanziell, technisch und personell in die Lage zu versetzen im Bereich der Medienbildung Angebote zu entwickeln und durchzuführen.
2. Medienbildung soll in ihrer ganzen Breite und Vielfalt gefördert werden und auch die Bereiche der Medienkultur, der Medienethik und -kritik sowie der ästhetischen Bildung umfassen.
3. Bewährte Qualifizierungsnetzwerke wie zum Beispiel „Multiline“ oder „MediaCulture Online“ dauerhaft zu verstetigen.

Im Mittelpunkt der Medienbildung steht der Mensch, der seine Kompetenzen, seine Qualifikationen und sein professionelles, soziales und kreatives Potenzial entfalten soll.